

tang, GMD) und der oppositionellen Minjindang (Demokratische und Fortschrittspartei, MJD) hat das Gesetzgebungsorgan drei politisch umstrittene Gesetze verabschiedet: Am 20. Jan. das Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften einschließlich politischer Parteien und am 26. Jan. die Novellierung des Wahl- und Abberufungsgesetzes sowie die Bestimmungen über Rücktritt der vor 40 Jahren gewählten Parlamentarier. Am heftigsten war der Streit um das letzte Gesetz. Es wurde schließlich unter Polizeieinsatz und ohne die zweite und dritte Lesung verabschiedet, woraufhin oppositionelle Abgeordnete wütend die Präsidiumstribüne zerschlugen (ZYRB, LHB u. CP, 17.-27.1.89).

Im Gesetzgebungsorgan wie auch in den zwei anderen staatlichen Volksvertretungsorganen - dem Kontrollorgan und der Nationalversammlung - herrscht noch immer eine Mehrheit der vor 40 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählten greisen Abgeordneten. Außer ihnen gibt es noch eine kleinere Anzahl der sogenannten "zusätzlichen Abgeordneten", die seit den 70er Jahren in Taiwan gemäß der in der Verfassung vorgesehenen Legislaturperiode alle drei (Gesetzgebungsorgan) bzw. 6 (Nationalversammlung und Kontrollorgan) Jahre neu gewählt werden. Nach dem neuen Gesetz fördert die Regierung die freiwillige Pensionierung der alten Abgeordneten mit einer Abfindungsprämie in Höhe von 3,7 Mio. NT\$ (134.546 US\$), um somit das Parlament zu verjüngen und gleichzeitig den Anspruch auf die Repräsentation für Gesamtchina aufrechtzuerhalten. Die Opposition verlangt hingegen den sofortigen oder kurzfristigen Rücktritt aller alten Parlamentarier und die Erneuerung des Parlaments durch Wahlen. Zur Unterstreichung ihrer Forderungen veranstaltete die MJD am 17. und 20. Jan. Massendemonstrationen vor dem Parlamentsgebäude.

In dem Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften machte die Regierungspartei gegenüber der Opposition mehrere Konzessionen; so braucht man z.B. bei Gründung einer neuen politischen Partei im Unterschied zu anderen Volksorganisationen den Bestimmungen zufolge keine Genehmigung bei den zuständigen Behörden

einzuholen, es reicht eine Meldung bei der Zentralregierung. Bestehen bleibt allerdings die Bedingung, daß die Organisationen und politischen Parteien nicht gegen die Verfassung verstoßen und Kommunismus und Separatismus nicht befürworten dürfen. Gerade die MJD, in der ein großer Teil ihrer Mitglieder eine Unabhängigkeit Taiwans von China unterstützt oder damit sympathisiert, wird von der Regierungspartei und ihren Anhängern häufig als separatistisch bezeichnet.

Im neuen Wahlgesetz sind die Einschränkungen der Wahlkämpfe reduziert worden. Ein Vorschlag der MJD, den früher unter der Anklage der Rebellion verhafteten und inzwischen wieder freigelassenen Dissidenten das passive Wahlrecht wieder einzuräumen, wurde aber nicht berücksichtigt.

Hongkong und Macau

*(60)

Erste Überarbeitung des Grundgesetzentwurfs für Hongkong abgeschlossen

Auf ihrer 8. Plenarsitzung vom 9. bis 15. Jan. 1989 in Guangzhou hat die Kommission für den Entwurf des Grundgesetzes für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone (SVZ) ab 1997 die erste Überarbeitung des Grundgesetzes abgeschlossen. Mit der Arbeit daran wurde vor dreieinhalb Jahren begonnen und Ende April 1988 ein erster Entwurf zur öffentlichen Diskussion vorgestellt.

Insgesamt gingen bei der Kommission 58 Änderungsvorschläge ein, von denen 12 akzeptiert wurden. Der neu ausgearbeitete Text, bestehend aus 159 Artikeln und drei Anhängen, soll Ende Febr. oder Anfang März d.J. vom Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses (NVK) der VR China zur zweiten öffentlichen Diskussion veröffentlicht werden und dann von der Kommission nochmals überarbeitet werden.

Außerdem empfahl die Kommission dem NVK die Gründung eines Ausschusses für das Grundgesetz der SVZ Hongkong im Ständigen Komitee des NVK und machte ebenfalls einen Entwurf von Bestimmungen für die Bildung der ersten Regierung und des ersten Legislativrats der SVZ Hongkong.

Die Kommission für den Entwurf des Grundgesetzes zählt z.Z. 55 Mitglieder, von denen 22 aus Hongkong und 33 aus der VR China stammen. An der 8. Plenarsitzung nahmen 53 Mitglieder teil. Sitzungsgemäß ist für jeden Beschluß eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, die bei Abstimmung über den Art. 19 (Bereich der Gerichtsbarkeit der SVZ) nicht zustande kam. Dies wurde jedoch mit einer Anmerkung in den Text mitaufgenommen.

Bei der öffentlichen Diskussion über den Grundgesetzentwurf zeigte sich in der Bevölkerung großes Interesse an dem zukünftigen Regierungssystem. Die liberalen Kräfte, vor allem Intellektuelle und Studenten, befürworteten eine schnelle Einführung allgemeiner und direkter Wahlen zur Verwirklichung der Demokratie. Dagegen forderten die konservativen Kräfte, vor allem Unternehmer, im Hinblick auf politische Stabilität eine vorsichtiger Gangart. Im November letzten Jahres wurde ein Kompromißvorschlag von Louis Cha, Schriftsteller und Verleger der Mingbao-Gruppe, vom Ausschuß für das politische System der Kommission aufgenommen. Nach diesem Vorschlag soll bis zum Jahr 2011 nur ein Teil der Abgeordneten des Legislativrats (27% ab 1997 und 50% ab 2003) direkt vom Volk und der Regierungschef durch eine Wahlkörperschaft indirekt gewählt werden. Durch ein Referendum soll nach 2011 abgestimmt werden, ob allgemeine Wahlen zum Parlament und des Regierungschefs vollzogen werden sollen.

Gegen diesen Vorschlag veranstalteten die liberalen Gruppen massive Demonstrationen und Hungerstreiks. Da aber in der Entwurfskommission die konservativen Kräfte die große Mehrheit bilden und auch von der VR China unterstützt werden, wurde bei der Abstimmung auf der Plenartagung der Vorschlag von Louis Cha angenommen. Außerdem wurde ein - noch konservativerer - Vorschlag von Cha Chi

Ming, dem Direktor der China Dyeing Holdings Ltd., in den Gesetzentwurf aufgenommen, wonach die Einführung allgemeiner Wahlen eine Zustimmung von 30% der Wahlberechtigten, einen Mehrheitsbeschluß des Legislativrats, eine Einwilligung des Regierungschefs der CVZ und eine Genehmigung des Ständigen Komitees des NVK erfordert (DGB, 16.-17.1.89; SWB, 16.-20.1.89; Huaren, Hongkong, Jan.89).
-ni-

*(61)

Hongkong bleibt der größte Containerhafen der Welt

Nach Statistiken der örtlichen Schifffahrtsbehörde wurden in den ersten elf Monaten 1988 insgesamt 3,66 Mio. TEU (20 ft) Container im Hongkonger Hafen abgefertigt, 16% mehr als im Vergleichszeitraum 1987. Der Umschlag für das ganze Jahr wird auf 3,95 Mio. TEU geschätzt. Damit kann Hongkong weiter seine Position als größter Containerhafen der Welt vor Rotterdam (3,2 Mio. TEU) und Singapur (3,4 Mio. TEU) behaupten. Allein bei den zwei großen Unternehmen, der "Hong Kong International Terminals" und der "Modern Terminals Ltd.", wurden 1,4 Mio. TEU bzw. 1,28 Mio. TEU für 1988 registriert, eine Zunahme von 18% bzw. 17,2% gegenüber 1987 (XNA, 7. u. 25.1.89; TKB, 12.1.89).

In den ersten drei Quartalen 1988 haben insgesamt 12.116 Frachter (+ 9,3%) mit einer Gesamtkapazität von 71,1 Mio. t (+ 7,7%) den Hongkonger Hafen angelaufen und 12.105 Frachter (+ 10,4%) mit einer Gesamtkapazität von 71,7 Mio. t (+ 7,8%) ihn wieder verlassen (XNA, 27.1.89).

Weiterhin wurden in der Überseeschifffahrt in den ersten elf Monaten 43,58 Mio. t (+ 14,9%) Güter ab- und 21,39 Mio. t (+ 21%) zugeladen. Einschließlich der Flußfrachter betrug der Güterumschlag in diesem Zeitraum 74,18 Mio. t (+ 15,7%). (XNA, 25.1.89) -ni-

Oskar Weggel

Zehn Jahre reformerische Außenpolitik

Bestandsaufnahme, Defizite, Perspektiven

Gliederung:

1. "Modernisierung" der Außenpolitik
 - 1.1. Allgemeine Tendenzen im internationalen System
 - 1.2. Die chinesische Version: Neuformulierung der Außenpolitik beim XIII. Parteitag
 2. Ausdrucksformen der außenpolitischen Modernisierung
 - 2.1. "Frieden"
 - 2.1.1. Von der Unvermeidbarkeitsthese zur Entspannungspolitik
 - 2.1.2. Die Tendenz zum Frieden
 - 2.1.3. Ursachen des Unfriedens
 - 2.1.4. Abrüstung und Sicherheit
 - 2.1.4.1. Abrüstung
 - 2.1.4.2. "Neue Internationale Ordnung" und Koexistenzverheißungen
 - 2.1.5. Chinas widersprüchliche Beiträge zur Abrüstung
 - 2.1.5.1. Truppenreduzierung
 - 2.1.5.2. Waffenhandel
 - 2.2. "Entwicklung"
 - 2.2.1. "Friede und Entwicklung", "Ost/West und Nord/Süd"
 - 2.2.2. Der Nord/Süd-Dialog (Nanbei duihua)
 - 2.2.2.1. Drei Hauptprobleme: Ursachen und Therapien

- 2.2.2.2. Die Schuldenkrise
- 2.2.2.3. Forderung nach einem Stabilisierungssystem für Rohstofflöse
- 2.2.2.4. Lomé als Modellfall
- 2.2.3. Süd/Süd-Zusammenarbeit (Nan nan hezuo)
- 2.2.4. Interdependenz
 - 2.3. "Interdependenz": Zwischen "Unabhängigkeit" und Verflechtung
 - 2.3.1. "Unabhängigkeit" und "Interdependenz": Ein Widerspruch?
 - 2.3.1.1. Einerseits "Unabhängigkeit"
 - 2.3.1.2. Andererseits Verflechtung und Internationalismus
 - 2.3.2. Die Auflösung des Widerspruchs in der Praxis: Unabhängigkeit bei den Pflichten, Interdependenz bei den Rechten
 - 2.3.2.1. Rechte und Pflichten in der UNO
 - 2.3.2.2. Rechte und Pflichten im GATT
 - 2.3.2.3. Demokratie zwischen den Völkern?
 - 2.3.2.4. Wortführerschaft und Vorteilswahrnehmung
 - 2.4. Öffnung und Öffentlichkeit
 - 2.4.1. "Öffnung der Tür"
 - 2.4.2. Außenpolitik und Medien
 - 2.4.2.1. Einerseits mehr Glasnost
 - 2.4.2.2. Andererseits Maulkorb für ausländische Korrespondenten